Niederschrift über die 75. Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord am 05. Juni 2024 in Koblenz

Beginn: 09:15 Uhr
Ende 11:30 Uhr
[Unterbrechung öffentlicher Teil für vorgezogenen TOP 15 von 10:45 - 11:00 Uhr]

Teilnehmer: siehe beigefügte Teilnehmerliste.

Begleitend zur Sitzung wurde zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eine Präsentation gezeigt, welche als Anlage dem Protokoll beigefügt ist.

A) Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung

Der Verbandsvorsteher Landrat Hallerbach begrüßt die Mitglieder der Verbandsversammlung und hier im Besonderen Staatssekretär Hauer zur Teilnahme an der heutigen Sitzung sowie als Referent zum späteren Tagesordnungspunkt. Daneben begrüßt er zudem Herrn Frömming als weiteren Vertreter des MKUEM und beglückwünscht ihn an dieser Stelle zur übernommenen Position als Abteilungsleiter.

Zudem heißt er die Vertreterinnen und Vertreter der Geschäftsstelle sowie die Gäste zur 75. Sitzung der Verbandsversammlung recht herzlich willkommen.

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Verbandsvorsteher stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 74. Sitzung der Verbandsversammlung am 14.12.2023 in Koblenz

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Verbandsversammlung wurde einstimmig genehmigt.

TOP 4 Bekanntgabe in nichtöffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse, zu Umlaufbeschlüssen, zu Eilbeschlüssen gem. §48 GemO

Herr Hallerbach übergibt das Wort an Frau Portugall.

Frau Portugall informiert anhand einiger Charts über die in der letzten Verbandversammlung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse:

- Unter TOP 14 (Vorlage 4/74/2024) im nichtöffentlichen Teil der vergangenen Sitzung wurde von den Mitgliedern der Beschluss zur Zeichnung entsprechender Ergänzungsvereinbarungen mit den Vertragspartnern zum Schadensausgleich im Verkehrsvertrag VAREO im Zusammenhang mit dem Sturmtief BERND eingeholt;
- Der Beschluss unter TOP 15 (Vorlage 5/74/2024) der letzten Sitzung umfasste den Beschluss über den Abschluss von Ergänzungsvereinbarungen über notwendige Anpassungen im den Verkehrsverträgen mit dem luxemburgischen Verkehrsunternehmen CFL;
- In TOP 16 (Vorlage 6/74/2024) der vergangenen Sitzung erfolgte die Zustimmung der Mitglieder zum Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung im Rahmen des Verkehrsvertrages Elektronetz Saar RB im Zusammenhang zur Erstattung von Remanzenkosten an das Verkehrsunternehmen;
- In TOP 17 (Vorlage 7/74/2024) erfolgte die Zustimmung der Mitglieder zum vorgeschlagenen Vorgehen zur Ausgestaltung von Interimsregelungen für die Erbringung von Vertriebsdienstleistungen in den jeweiligen Übergangszeiträumen bis zum Start der neu ausgeschriebenen Vertriebsdienstleister-Verträge.

Zudem teile Frau Portugall den Mitgliedern mit, dass im Zeitraum seit der vergangenen Sitzung insgesamt drei Umlaufbeschlüsse an die Mitglieder versendet wurden:

- Im Umlaufbeschluss (Versand-Datum vom 20.03.2024) haben die Mitglieder den Beschluss über die Finanzierung und Beschaffung der Kontrollinfrastruktur zum Deutschlandticket im Verkehrsverbund VRM herbeigeführt;
- Im Umlaufbeschluss (Versand-Datum vom 03.04.2024) haben die Mitglieder über die Zuschlagserteilung für das Los 1 der klassischen Vertriebsvergabe an den obsiegenden Bieter zugestimmt;
- Im Umlaufbeschluss (Versand-Datum vom 15.04.2024) haben die Mitglieder die Vergabeentscheidung im Verfahren zum Linienbündel RTK-Bäderstraße getroffen.

Frau Portugall weist ergänzend darauf hin, dass es keine Eilbeschlüsse im Zeitraum seit der vergangenen Sitzung gab.

TOP 5 Bericht MKUEM zur finanziellen Situation des ÖSPV/SPNV in Rheinland-Pfalz durch Staatssekretär Hauer

Herr Hallerbach eröffnet den TOP mit der Bezugnahme auf das Land Schleswig-Holstein, welches kürzlich in der Presse bekannt gab, Kürzungen im SPNV aufgrund nicht ausreichender Finanzmittel vornehmen zu müssen. Die finanzielle Situation des SPNV und ÖPNV in RLP wird auch in fast jeder der hiesigen Verbandsversammlungen behandelt und Herr Hallerbach betont, die weiterhin offene

Positionierung des Landes zum Finanzbedarf der Zweckverbände im Zusammenhang mit den künftigen Regionalisierungs- und Landesmitteln.

Herr Hallerbach äußert gegenüber Staatssekretär Hauer 5 Empfehlungen des Zweckverbandes als auch der kommunalen Mitglieder:

1. Für eventuelle Lücken im Haushalt der beiden Schienen-Zweckverbände darf nicht die kommunale Familie haften.
2. Fokussieren Sie die Verwendung der RegMittel ab 2025 auf die Kernaufgabe Schienenpersonennahverkehr.
3. Finanzieren Sie andere Leistungen wie RegioLinien, Verbünde, Tarifausgleiche usw. vollständig aus Landesmitteln
4. Lassen Sie uns gemeinsam den Schritt der Evaluation des ÖPNV-Konzept Nord tun.
5. Für unsere lokalen Haushalte: Engagieren Sie sich dafür, dass die vom Innenministerium verwalteten Gelder der Schülerbeförderung sofort nach der Kommunalwahl deutlich aufgestockt und dem realen Bedarf angepasst werden.

Herr Hallerbach übergibt das Wort an Staatssekretär Hauer.

Herr Hauer bedankt sich für die einführenden Worte und kündigt an, auch unmittelbar auf diese fünf Empfehlungen Stellung beziehen zu wollen. Zunächst stellt Herr Hauer auf einige finanzielle Eckpunkte ab: Der Beschluss zu den Eckpunkten der zukünftigen Haushaltsplanung des Landes steht bald an und man hat mit allen beteiligten Ressorts gute Gespräche führen können. Er bittet um Verständnis, dass die Ergebnisse des Doppelhaushalts nicht vorweggenommen werden können. RLP hat die Regionalisierungsmittel auch zur Finanzierung von RegioLinien verwendet. Sämtliche Rücklagen aus den zugewiesenen Mitteln des Bundes aus den zurückliegenden Jahren werden Ende 2024 verbraucht sein. Mit dem bisherigen Finanzierungsmix ist das Land nicht mehr in der Lage, die RegioLinien zu finanzieren.
Ursachen dafür sind die Kostensteigerungen bei Vergaben und bei den Indices, die Einführung des Deutschlandtickets, welches zu einem zusätzlichen vorzeitigen Verbrauch der Reste geführt hat, als auch die zukünftigen Regionalisierungsmittel den Bedarf nicht mehr decken werden, als auch der mangelnde Aufwuchs bei den Regionalisierungsmitteln, bei dem die realen Steigerungen deutlich höher sind als die hinterlegten.
Beim DT erfolgt nicht nur die vom Bund geforderte hälftige landesseitige Mitfinanzierung der erforderlichen Ausgleiche, sondern auch die Vorfinanzierung von Bundesmitteln. Der Bund hat den Übertrag von 2023 nach 2024 noch nicht beschlossen und auch der Bundesanteil ab 2026 ist noch offen. Sollte es vom Bund kein Geld für 2026 geben, wird das DT enden.

Zentraler Punkt ist auch aus Sicht von Herrn Hauer die Evaluation der ÖPNV-Konzepte Nord in RLP: Der Busverkehr muss zusammen mit den lokalen Aufgabenträgern bedarfsgerecht gestaltet werden, aber auch der Daseinsvorsorge dienen. Es bedarf aus Sicht des MKUEM zwingend einer Evidenz mit AFZ-Systemen um die tatsächliche Inanspruchnahme seitens der Fahrgäste zu analysieren. Auf der Basis müssen dann evidenzbasierte Entscheidungen getroffen werden. Natürlich sind Abbestellungen ein emotionales Thema, wir brauchen aber trotzdem viel Sachlichkeit in der Diskussion. Das MKUEM will bei der Evaluation mit dem Kompetenzzentrum ITF gerne auch bei den lokalen Bussen mitwirken.

Die finanzielle Situation im Land und bei der kommunalen Familie sieht leider nach einer Reduzierung aus. Zusammen muss geprüft werden, welche Verkehre wirklich der Schülerbeförderung dienen, das werde bislang sehr heterogen gehandhabt.

Herr Hallerbach bedankt sich für die Ausführungen und bittet die Mitglieder um entsprechend Wortmeldungen:

Landrätin Beilstein ergreift das Wort und bekräftigt die Forderung von Herrn Hauer, dass eine Definition des Schülerverkehres zwingend erforderlich ist. Hier gibt es für die Landkreise Unklarheiten zu Art und Umgang der Finanzierung solcher Verkehre. Sie bekräftigt die notwendige Evaluation der ÖPNV-Konzepte und äußert den Wunsch, dass eine entsprechende Kommunikation dieser Evaluierung in die Öffentlichkeit auch vor allem seitens des MKUEM erfolgen sollte. Die Kreise stehen oftmals alleine in der Kritik und dabei wurden im Rahmen der ÖPNV-Konzepte in großem Maße Vorgaben des Landes umgesetzt, die aber im Sinne der Diskussion um „leere Busse“ u.ä. oftmals isoliert im Fokus stehen.

Frau Schwarz betont, dass im VRT-Gebiet von der Öffentlichkeit die Umsetzung der ÖPNV-Konzepte nicht mehrheitlich negativ dargestellt wird und stellt für viele Kreise die Verbesserung der öffentlichen Mobilität in ihrem Verbandsgebiet heraus, die auch von den Fahrgästen angenommen wird. Sie bekräftigt ebenfalls die Wichtigkeit der Evaluierung, die aber sogar an einigen Stellen in ihrem Verbandsgebiet bereits vorgenommen wurde. Die hiermit gewonnenen Erkenntnisse helfen, Fehlentwicklungen der Angebotsplanung aufzudecken und Lösungsansätze dafür zu finden. Einsparungen im Schülerverkehr sind aus Sicht von Frau Schwarz nicht umsetzbar, hier muss die Finanzierung gegenüber den Kreisen lückenlos sichergestellt werden. Eine Verlagerung von regionalen in lokale Leistungen würde zu einem noch höheren Finanzierungsbedarf der Kommunen führen.

Landrat Kruppert ergreift das Wort und bekräftigt, dass die Kommunen nicht die großen Verlierer in der Umsetzung der ÖPNV-Konzepte sein dürfen. Die ÖPNV-Konzepte wurden auf Vorgabe des Landes umgesetzt, eine Verlagerung von Verkehrsleistungen von regionalen zu lokalen Verkehren darf nicht erfolgen, da ansonsten der Finanzbedarf bei den Kommunen weiter anwächst. Er betont zudem die ganz entscheidende Bedeutung der Finanzierung des Deutschlandtickets: Hier muss es für alle Beteiligten endlich eine Planungssicherheit geben.

Herr Pauly greift zudem das Finanzierungsthema der Organisationskosten der Verbünde auf. Hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens des Ministeriums, da entsprechende Vereinbarungen nicht umgesetzt werden. In 2015 wurde seitens des Landes gesagt, die neuen Busleistungen ins LFAG zu bringen, aber der LFAG-Topf ist nicht gewachsen. Was nun zu sinkenden Anteilen aus dem LFAG führt. Auch eine weitere Vor-Finanzierung der Deutschlandtickets seitens der kommunalen Aufgabenträger und auch der Verkehrsunternehmen darf es nicht weitergeben.

Landrat Boch dankt Herrn Hauer für die Klarheit und verweist auf zurückliegende Gespräche zum Landesnahverkehrsplan. Damals gab es den Hinweis des MKUEM, dass die kommunalen Aufgabenträger mitgenommen werden sollen. Die Workshops zeigten ein anderes Bild: Mehr Verkehr, höhere Taktungen, neue Standards erweckten den Eindruck, dass hier weitere Kostentreiber für die kommunalen Familien herangetragen werden. Aus seiner Sicht bedarf es einer Strategie-Anpassung dahingehend, dass Einsparungen im Vordergrund stehen und kommuniziert werden sollte, wenn die Finanzierung nicht sichergestellt werden kann.

Landrat Schwickert greift die nicht sichergestellte Finanzierung auf und betont die zurückliegenden Diskussionen zur möglichen Finanzierungslücke. Es sei klar, dass das was gerade fährt nicht mehr in der Zukunft bezahlbar sei. Er bittet Herrn Hauer ausdrücklich um seine Aussage, was mit dem Defizit der Finanzierung passieren soll und vielmehr wer dieses Defizit tragen wird. Die Lücke im SPNV-Nord darf nicht über eine Nachschußpflicht der Satzung gedeckt werden.

Herr Hauer bedankt sich für die zahlreichen Impulse. Er betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass es seitens des MKUEM keine Bestrebungen gibt, regionale in lokale Verkehre umzuwandeln. Das Ziel ist eine paritätische bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebots.

Zudem bekräftigt er, dass das MKUEM auf keinen Fall vorsieht, die Lücke auf die kommunalen Aufgabenträger umzuwälzen. Es sei aber auch offensichtlich, dass in den Linienbündeln eine große Heterogenität beim Anteil der RegioLinien besteht, auch hier müsse Gerechtigkeit geschaffen werden. 33 Mio. km vom Land finanzierte RegioLinien seien auch ein großer Anteil an der Schülerbeförderung.
Er bittet um Verständnis zur Finanzierung der Schülerverkehre nichts zu sagen, da dies nicht in der Verantwortung des MKUEM liegt. Er betont die Bedeutung der Definition dieser Leistungen für alle Beteiligten. Wichtig ist aus seiner Sicht die gemeinsame zielgerichtete Kommunikation aller Beteiligten.
Auch in Bezug auf die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Liquidität im Zusammenhang mit der Abwicklung des Deutschlandtickets betont Herr Hauer, dass die Entwicklung der Modalitäten für 2024 in der Umsetzung ist.
Bei der Verbundfinanzierung seien noch rechtliche Fragen offen, die erst geklärt werden müssen.

Herr Frömming ergänzt an dieser Stelle, dass seine Abteilung der Evaluation der ÖPNV-Konzepte eine hohe Bedeutung beimisst. Er betont in dem Zusammenhang das im MKUEM angesiedelte Kompetenzzentrum, welches die angebotsplanerische Verknüpfung von lokalen und regionalen Verkehren sicherstellen soll und wird und richtet den Appell an die Mitglieder, dieses Kompetenzzentrum auch in Anspruch zu nehmen.

Herr Schwickert fragt Herrn Hauer, ob die Finanzierung der RegioLinien aus Landesmitteln erfolgen wird. Herr Hauer bestätigt dies.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beendet der Verbandsvorsteher an dieser Stelle die Diskussion und bedankt sich für die Ausführungen seitens Staatssekretär Hauer und den guten Austausch.

TOP 6 Bericht Sachstand Verbandsordnung und Kooperationsverträge

Landrat Hallerbach übergibt für diesen TOP das Wort an den Verbandsdirektor Thorsten Müller.

Herr Müller berichtet, dass es weiterhin seitens des MKUEM keine Genehmigung der von den hiesigen Mitgliedern verabschiedeten Verbandsordnung gibt. Er bekräftigt an dieser Stelle aber auch, dass der Zweckverband aktuell auch gut mit der alten und damit noch gültigen Verbandsordnung arbeiten kann und die fehlende Genehmigung aktuell keine Auswirkungen auf das Tagesgeschäft zeigt.

Die Verbandsversammlung nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

Aufgrund der zeitlichen Restriktion bei Staatssekretär Hauer wird an dieser Stelle ein TOP aus dem nichtöffentlichen Teil vorgezogen

Der Verbandsvorsteher bittet die Gäste an dieser Stelle um das Verlassen des Raumes und stellt damit die Nicht-Öffentlichkeit der Verbandsversammlung her – Inhalte des TOP siehe Niederschrift „Nichtöffentlicher Teil“.

Im Anschluss an den vorgezogenen TOP nicht Nichtöffentlichen Teil werden die Gäste zur Sitzung wieder zugelassen und bei TOP 7 der öffentliche Teil der Sitzung weitergeführt.

TOP 7 Bericht Geschäftsstelle

Herr Hallerbach übergibt für diesen TOP das Wort an den Herrn Müller, der anhand der beigefügten Charts berichtet. Im Protokoll einige Auszüge daraus.

Zunächst greift Herr Müller die aktuell sehr unbefriedigende betriebliche Situation im Verbandsgebiet auf: Hier wird insbesondere die Situation auf den beiden nördlichen Rheinstrecken aufgegriffen, welche extrem durch Störungen und Baumaßnahmen in NRW betroffen sind. Auch die äußerst hohe Auslastung der Züge der RB 26 von Remagen in Richtung Süden führen zu massiven Beschwerden seitens der Fahrgäste. Die Geschäftsstelle ist bemüht Lösungen zu finden, um die Situationen zu entschärfen und prüft zusammen mit den beteiligten Partnern eine ganze Reihe von betrieblichen Konzepten.

Herr Müller erwähnt des Weiteren die von der Geschäftsstelle initiierte Beteiligung zum Fahrplan 2025. Hier sind eine Vielzahl von Meldungen aus dem Verbandsgebiet eingegangen, die alle jeweils von den Betriebsplanern bewertet werden.

Zum Thema Vertrieb gibt Herr Müller bekannt, dass das Politprojekt des CheckIn/CheckOut „DB TiMo“ nach rund drei Jahren Laufzeit nunmehr beendet ist. Die Abläufe im Projekt waren für alle Beteiligten sehr zufriedenstellen und perspektivisch ist eine Migration in den Vertrag des Online-Vertriebes vorgesehen.

Des Weiteren berichtet Herr Müller anhand einiger Bilder von aktuellen Maßnahmen im Bereich des Fahrzeugmaterials: Erneuerungen in Form von sog. Refresh-Maßnahmen der SÜWEX-Fahrzeuge; Re-Design der MRB-Fahrzeuge mit Start des neuen Verkehrsvertrages; Gestaltung des Außendesigns der neuen BEMU-Züge der Hessischen Landesbahn. Zudem gibt er Auskunft über den aktuell in der Verzögerung befindlichen Planungsstand im Bauprozess der Neufahrzeuge zum Vertrag MoselLux. Beim Bau der Neufahrzeuge für den ebenfalls in 12/2025 Rheingau-Loreley-Express gibt es aktuell keine Indizien für Verzögerungen.

Die halbjährliche Auskunft zum Haushalt des Zweckverbandes erläutert Herr Müller anhand eines Charts mit der Gegenüberstellung der PLAN- und IST-Zahlen der Finanzrechnung 2021-2024.

Zum Abschluss verweist Herr Müller aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf einige Charts zum Leitbild der neuen Organisationsstruktur DB InfraGO, dem neu gewählten Netzbeirat sowie der Analyse einiger wirtschaftlicher Kennzahlen zur DB Regio AG hin.

Die Verbandsversammlung nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

TOP 8 Verschiedenes

Herr Hallerbach kündigt an, dass seitens der Geschäftsstelle keine weiteren Punkte vorliegen und gibt das Wort in die Runde.

Weitere Punkte unter Verschiedenes wurden von den Teilnehmern nicht vorgebracht.

Herr Hallerbach bedankt sich für die rege Teilnahme an den Diskussionen, verabschiedet die Gäste und schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Landrat Achim Hallerbach
Verbandsvorsteher

gez. Thorsten Müller
Verbandsdirektor

Anlagen:
Anwesenheitsliste 75. VBVS
Charts